

## Beschluss des Landrats vom 01.09.2022

Nr. 1650

### 22. Fragestunde der Landratssitzung vom 1. September 2022 2022/355; Protokoll: ble

#### 1. Reto Tschudin: Energiemangellage

**Reto Tschudin** (SVP) dankt dem Regierungsrat für die Antwort und hat folgende Zusatzfrage: *Gibt es – wenn die Rede vom Richtplan ist, in welchem die fünf Standorte vermerkt sein sollen – konkrete Projekte oder Lösungen im Hinblick auf eine Stromproduktion im Winter 23/24?*

Antwort: Die EBL habe Erfahrungen an der Birs gemacht und letztthin ein Kleinkraftwerk eröffnet, erinnert Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne). Im Saal kennen alle die Baugeschichte mehr oder weniger. Es hat zehn Jahre gedauert und es bleibt zu hoffen, dass es für das eine oder andere der Wasserkraftwerke weniger lange dauert. Jedenfalls aber ist es illusorisch zu glauben, diese würden in den nächsten zwei Wintern helfen. Es wäre aber auch falsch, vorweg auf solche Standorte zu verzichten; daher werden sie auch im KRIP aufgeführt, weil sie trotzdem einen Beitrag leisten können, man muss vorausschauen und weiter arbeiten. Daher möchte man die potenziellen Standorte im Richtplan belassen. Ein konkretes Projekt braucht es noch. Dieses kommt, wenn es im Richtplan festgesetzt und freigegeben ist.

**Marco Agostini** (Grüne) geht davon aus, dass die Fragen eher langfristig als mittelfristig sind. Und es wird nicht einfach sein, die Wasserkraftwerke innerhalb eines oder zweier Jahre zu bauen. Seine Zusatzfrage: *Im Juni hat der Redner ein Postulat (2022/350) eingereicht, das er zuerst dringlich beantwortet haben wollte, es fehlte aber die Unterstützung aller Fraktionen. Unterdessen ist es wohl dringlicher geworden, als man denkt. Das Postulat verlangt vom Regierungsrat, eventuell bereits auf nächstes Jahr eine grossangelegte Energie-Sparkampagne auszuarbeiten und umzusetzen. Gestern wurde bekannt, dass der Bund eine solche plant. Könnte der Regierungsrat allenfalls das genannte Postulat vorziehen und auf den kommenden Winter eine Kampagne erarbeiten oder selbst einen Vorschlag bringen?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) sagt, der Führungsstab sei an der Arbeit, und verweist auf eine Medienmitteilung vom 11. August 2022, in welcher an die Bevölkerung appelliert wurde, zu sparen. Dies ist sinnvoll, damit man im Winter ein bisschen mehr hat. Zweitens wurden auch die Kantonsmitarbeitenden sensibilisiert und mit Verhaltensweisen bedient, die helfen, den Stromverbrauch des Kantons zu reduzieren. Auf dem Internet befindet sich entsprechendes Material und es empfiehlt sich sehr, dieses zu konsultieren.

**Peter Riebli** (SVP) sagt, der Regierungsrat schreibe, «dass ein allfälliger Ausbau der Wasserkraft dort erfolgt, wo ein substanzieller Beitrag zur Stromproduktion zu erwarten und der ökologische und landschaftliche Wert vergleichsweise gering ist». Nachdem nun in Bern der Entscheid gefallen ist, dass Freiflächen-Photovoltaikanlagen gemacht werden sollen, auch im hochalpinen Gebiet, stellt sich die Zusatzfrage zu Frage 2: *Müsste man sich nicht überlagen, was «vergleichsweise geringer [...] landschaftlicher Wert» heisst und diesen Passus grosszügiger interpretieren als im KRIP?*

Antwort: Die entsprechende Abwägung habe stattgefunden, antwortet Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne). Und im April hat sich der Energiedirektor u.a. zur Vernehmlassung, die durchgeführt wurde, in der Basellandschaftlichen Zeitung verlauten lassen. Es geht um potenzielle Standorte. Die

Abwägung muss immer gemacht werden. Was man nicht ganz ausser Acht lassen darf: Kleinwasserkraftwerke ergeben nicht viel Strom und sind auch nicht die Rettung. Es wäre aber falsch, in der aktuellen Situation landschaftlich wertvolle Gebiete sozusagen über Bord zu werfen – es muss stets eine Abwägung erfolgen. Richtig ist aber, dass das eine oder andere kritischer angeschaut und im Zweifelsfall vermehrt zugunsten der erneuerbaren Energien entschieden werden muss. Eine gewisse Anpassung ist nötig. Jedoch gibt es nach wie vor keinen Freipass, wertvolle Landstriche über Bord zu werfen.

**Markus Graf** (SVP) stellt folgende Zusatzfrage: *Ist es aus Sicht des Regierungsrats weiterhin sinnvoll, auf «energiebasierte» Technologien wie etwa Wärmepumpen zu setzen und diese noch staatlich zu subventionieren, wenn man schon auf eine Energieknappheit zusteuert?*

Antwort: Markus Graf habe zu Recht von Energie gesprochen – und nicht von Strom, sagt Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne). Es ist weiterhin sinnvoll, Wärmepumpen (WP) zu fördern, weil sie nur zu einem Drittel oder Viertel Stromenergie brauchen, nämlich um die (restliche) Wärmeenergie aus dem Wasser, dem Boden oder aus der Luft zuführen zu können. Daher ist der Energieverbrauch insgesamt kleiner. In Bezug auf die Gesamtenergiebilanz sind WP nach wie vor sinnvoll – das glaubt auch die ganze Schweiz. Daher wird man diesbezüglich nichts ändern.

## 2. **Andi Trüssel: Energiewandlung, Sonnenlicht zu elektrischer Energie**

**Andi Trüssel** (SVP) stellt voran, er habe wohl seine Frage zu wenig präzise gestellt. Es geht dem Redner darum, dass gemäss der zuvor besprochenen Tabelle fast 4 % der Elektroenergie von den Photovoltaikanlagen auf Dächern kommen. Hat jemand eine PV-Anlage, so fällt in einer Strommangellage oder einem Blackout die Photovoltaikanlage aus, wenn keine Vorkehrungen getroffen wurden für das wegfallende Stromnetz. Mit Batterien kann man ein bisschen etwas speichern. PV-Anlagenbesitzer sollten informiert werden, dass sie Batterien einbauen sollten, was natürlich etwas kostet. Die Bewilligungsgeber, zurzeit noch der Kanton – vielleicht werden es später die EW sein – sollte die Elektrizitätswerke (EW) soweit bringen, die PV-Besitzer zu informieren, dass sie bei einer Strommangellage nur mit Batterien autonom bleiben. Es sind immerhin 4 % der gesamten Stromerzeugung...

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) erinnert den Redner daran, seine Zusatzfrage zu stellen.

Die Zusatzfrage von **Andi Trüssel** (SVP) lautet: *Nimmt der Regierungsrat wahr, dass bei den EW und denjenigen, die PV-Bewilligungen ausstellen, darauf hingewirkt wird, dass eine Information bzgl. Ausrüstung mit Batterien stattfindet?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) nimmt die Frage zur Klärung entgegen und wird gegebenenfalls so verfahren. [siehe [Nachtrag](#)]

**Urs Kaufmann** (SP) sagt: Es gibt noch ein anderes Instrument; gemäss § 29 Energiegesetz BL (EnG) kann der Regierungsrat den Energieversorgern Leistungsaufträge erteilen. Die Zusatzfrage lautet: *Wurde bereits geprüft, ob man den Energieversorgungsunternehmen (EVU) nicht entsprechende Leistungsaufträge vergeben könnte – um mehr regionale, lokale Speichermöglichkeiten zu bieten – oder wie Andi Trüssel vorgeschlagen hat –, dass Teilnetze, an denen es genügend PV-Anlagen hat, so weiterbetrieben werden können?*

Antwort: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) kann die Frage nicht beantworten und verspricht Abklärung. [siehe [Nachtrag](#)]

**Hanspeter Weibel** (SVP) ergänzt, die Prüfung von Leistungsaufträgen sei in einer Antwort des Regierungsrats auf eine entsprechende Motion des Redners bereits enthalten und stellt folgende Zusatzfrage: *Das Abschalten des Stromnetzes bedeutet, dass sämtliche Produktionsanlagen in der PV-Anlage auch abschalten. Der Steuerstrom fehlt, damit die Anlage weiter produzieren kann. Sorgt der Regierungsrat dafür, dass die EW die Steuerungen so installieren, dass Verbraucher, die von einer PV-Anlage abhängen, von der Stromtrennung ausgeschlossen sind – dass also quasi dieselbe Regelung zur Anwendung kommt wie bei Spitälern?*

**Markus Graf** (SVP) stellt eine Zusatzfrage: *In der Region gibt es viel Holz sowie zahlreiche Holz-schnitzelheizungen, die hauptsächlich in den Wintermonaten Fernwärme produzieren. Hat der Regierungsrat schon überlegt, ob diese mit einer Wärmekopplungsanlage aufgerüstet werden könnten, um gleichzeitig Strom zu erzeugen und damit eine gewisse Bandenergie herzustellen?*

Die nächste Zusatzfrage kommt von **Andreas Dürr** (FDP): *Die Leistungsaufträge funktionieren hier nicht...*

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) unterbricht den Redner und ermahnt ihn, dass nur Zusatzfragen gestellt werden können.

**Andreas Dürr** (FDP) wollte Regierungsrat Isaac Reber die fachtechnische Antwort aus dem Elektrizitätsgesetz geben, wird sein Anliegen nun aber beantworten lassen.

Antworten: Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) schlägt vor, nachdem man nun über die Insellösung für Photovoltaik bei der Wärmekraftkopplung und der Bandenergie gelandet sei, auch die Fragen von Hanspeter Weibel und Markus Graf zu klären und im Nachhinein zu beantworten. [siehe [Nachtrag](#)]

### **3. Caroline Mall: Kündigungen Lehrpersonen**

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) stellt klar, dass es um Zusatzfragen geht. Es müssen auch keine langen Erklärungen abgegeben werden.

*Keine Zusatzfragen*

### **4. Frage Caroline Mall: Übertritt an weiterführende Schulen 2021/2022 2022/2023**

*Keine Zusatzfragen*

### **5. Caroline Mall: Schulleitungsmitglieder mit Kleinstpensen**

**Caroline Mall** (SVP) hat folgende Zusatzfrage: *Kann man davon ausgehen, dass bei Pensen in der Primarstufe über 50 % eine Effizienzsteigerung im Schulablauf eintreten würde?*

Antwort: Die Frage lasse sich so nicht beantworten, sagt Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP). Es gibt sehr kleine Primarschulen, die gar kein so grosses Schulleitungspensum haben. Wichtig ist, dass die Schulleitung sichergestellt ist, auch bei kleinen Primarschulen. Oft gibt es keine Stellvertretungen. Natürlich ist dem Regierungsrat daran gelegen, dass die Schulleitungen nach aussen sichtbar sind und dass möglichst grosse Schulleitungspensen bestehen. Eine generelle Beschränkung auf mindestens 50 % ist aber nicht möglich und nicht angedacht, weil es sehr kleine Schulen gibt.

*://: Alle Fragen sind beantwortet.*

